

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stauffgäßchen 34/35 (Berl. 10) (Telef. 5-6 Uhr)
Telefon: Amt Montag 12579

Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Anzeigenannahme: Berlin S 14
Stauffgäßchen 34/35 (Telefon: Montag 12579)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 2 Mark wöchentlich für den Rest des Reichs 2 Mark 50 Pfennig monatlich. Bei Zahlung unter Umständen für Deutschland und Österreich 1.20 Mark, für die übrigen Länder 1.50 Mark, für die übrigen Länder 2.00 Mark, bei einmaliger Bestellung einschließlich Porto und Steuern.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Verleger: Die Rote Fahne Verlagsgesellschaft mbH, Berlin S 14, Stauffgäßchen 34/35. (Telefon: Montag 12579)

Die französische Kammer über London

Die Stimme der Kommunisten

(M.L.B.) Paris, 15. März.

In der heutigen Kammer Sitzung wurde trotz des Antrages des Ministerpräsidenten Briand und des Finanzministers Doumergue, an erster Stelle einige eilige kleinere Gesetzentwürfe zu erledigen, sofort in die Diskussion der vorliegenden Interpellationen über die Ergebnisse der Londoner Konferenz eingetreten.

Briand erklärte jedoch, daß die Regierung erst am Donnerstag ihre Erklärungen abgeben werde, da an diesem Tage die Mitglieder der Beratung beisammen kämen, die den Präsidenten der Republik auf seine Reise begleiten.

Als erster Interpellant sprach Abgeordneter Genesly, der eine Reihe Fragen stellte. In welcher Situation, so fragte er, befinden wir uns? Was wollen wir morgen tun? Sind wir durch das Abkommen von Paris gebunden oder wollen wir uns wieder an den Vertrag von Versailles halten? Sind die „Entitäten“ augenblickliche Zwangsmittel oder dauernde Fäden, die uns eine Garantie dafür geben sollen, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt?

Der Abgeordnete bemängelt die Hygiene der Abgabe vom Reichsbesitz der deutschen Reparationen an andere Länder. Geht in England kein die Regierung für das Recht vor, daß die Grundlagen dieser Steuer abändern. Es sei nicht klar, ob Italien, Belgien und Japan die gleiche Maßnahme einbringen. Was alle Fälle aber können diese Länder nach ihrem Gutdünken verfahren. Das sei ein unglücklicher Zustand. Anstatt daß Deutschland Anstrengungen mache, um den Alliierten zu liefern, werde es seinen Handel nach Russland leiten. In längeren Ausführungen, in denen er die Regierung zu zwingen für die Art, wie 1871 die Kriegskosten bezahlt wurden, und der Art, in der Deutschland heute seine Verpflichtungen erfüllen kann, sprach der Abgeordnete davon, daß Deutschland in Notfällen und durch seine Arbeit gelte Hilfe.

Ministerpräsident Briand erklärte, in London habe Reichsminister Simon ein berechtigtes Verlangen gemacht, aber nur die Hälfte zu bekommen. Wenn die Verhandlungen über die Hälfte hätte, so hätte sich daran eine Diskussion gehalten, die vielleicht jetzt noch nicht beendet ist.

Abgeordneter Genesly sagte, das mag wahr sein. Aber wir und die Alliierten konnten doch Wünsche über die Bezahlung der Reparationen äußern.

Abgeordneter Crespey, unterstützt von drei anderen Abgeordneten aus den Norddepartements, warf bezugnehmend, den verschiedenen Gezeiten sei alle Welt der Verwendung deutscher Arbeiter freiwillig gesinnt. Die Zustimmung zu dieser Maßnahme komme nur von der äußersten Linken. Genesly's weitere Ausführungen wurden oft unterbrochen; er konnte sich nur mühsam Gehör verschaffen. Zum Schluß sagte er: Wenn die Alliierten die Zahlungen in Natura ablehnen, dann wird der französische Staat darunter leiden. Der Volkswortführer wird sich vernachlässigen, das Vaterland wird entwertet. Deutschland kann sich Geld darauf verwenden; seine Industrie zu entwickeln, Frankreich aber muß es nur für seinen Wiederaufbau verwenden.

Nach dem Abgeordneten Genesly erhielt der kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin zur Begründung seiner Interpellation das Wort. Er verlas eine

Erklärung im Namen seiner Gruppe, wurde aber lebhaft unterbrochen. Er protestierte gegen die Beibehaltung französischer Streitkräfte in Syrien und erwähnte die Intervention Poincaré zugunsten der Araber. Das sei wenigstens eine Geste gewesen, die Poincaré ohne Zustimmung der Kammer unternommen, in dem zum Ausdruck komme, daß Poincaré sich um das Vaterland verdient gemacht habe. (Lebhaftes Beifall.) Abgeordneter Cachin sagte weiter, wenn Deutschland nicht entwaffnet sei, so sei das die Schuld der herrschenden Klassen in Deutschland und Frankreich. (Großer Lärm, die Abgeordneten der Rechten und der Mitte begleiteten die Ausführungen des Redners mit transilvanischen Gesängen.) Die Worte des Abgeordneten wurden unverständlich. Schließlich sagte er, er wüßte sich, der Regierung in ihren militärischen Unternehmungen zu folgen.

Der Abg. Aurioi, rechtssteher Sozialdemokrat, erklärte abhand, der Grundsatz der Reparationen, wie er in den Vertrag aufgenommen sei, sei gerecht und nötig. Gewisse Elemente in Deutschland erkennen das an. Aber sobald dieser Grundsatz in die Tat umgesetzt werde, entzündeten Schwierigkeiten. Was jetzt seine die internationale finanzielle Solidarität. Genesly seien die deutschen Vorschläge in London lächerlich gewesen, aber auf der Seite der Alliierten hätte man vor dem Dilemma gestanden, entweder einen Absatz zu gewährleisten oder zu Zwangsmaßnahmen zu greifen. Man hätte die Regierung nicht zum Vorwurf machen, daß sie offizielle Besprechungen unternommen hätte, um den Druck zu vermindern. Man müsse aber verlangen, daß man die Rechte der souveränen Völker kennen lernen, um sich ein Urteil bilden zu können. Er bekräftigt, daß Deutschland das Ergebnis der Volksabstimmung in Österreich abwarten wolle; wenn es sich beuge, lehne man wieder am Abkommen von Paris zurück.

Der Abg. Jurgentz wies daraufhin: Reichsminister Simon's Abkommen besteht nicht mehr. Es liegt die ganze Frage Ministerpräsident Briand's viel zugewandt: Ich werde in meinem Rede darauf zurückkommen.

Abg. Aurioi fuhr fort: Auf alle Fälle beginnt der bewaffnete Friede mit den Gewandstreifen angedeutet der Passivität wieder. Dasselbe ist ein Ausgangspunkt. Wo ist das Ende, etwa im Hungergebiet? Wenn Sie die Zwangsmaßnahmen nicht als Einseitigkeit betrachten, sondern als Mittel, um Zahlung zu erlangen, was wird die Ergebnis sein? Wie wird die Abgabe von den deutschen Reparationen verteilt werden? Soll jeder Staat die Steuer bezahlen, die er einkehrt, oder sollen die Beträge der Reparationskasse überwiegen werden, um nach der bestimmten Etappe verteilt zu werden?

Ministerpräsident Briand rief bezugnehmend, er werde in einzelnen darauf noch antworten.

Abg. Aurioi sagte weiter, das ewige Gelebe über diese Maßnahme sei einfach zum Scheitern des englischen Handels bestimmt, damit deutsche Erzeugnisse nicht nach England kommen könnten. Wenn eine Politik am Rhein entlang aufgeführt werde, dann würden die Rohmaterialien und die Fertigprodukte doppelt mit Zöllen belegt. (Der Redner spricht weiter.)

Versteckter Nationalismus gegen das Bündnis mit Sowjetrußland

Proletarische oder kapitalistische Wiedergutmachung
Berlin, den 16. März.

Ich bin ein rechtsgläubiger Nationalist, ein wahrer Sündenkrüppel, der seine Sünden in sich fraß. Als wie der Ruff! die Züppel. Herr Jesu, nimm mich Hund beim Ohr. Wirf mir den Gnadenhimmel vor. Und schmeiß mich Sündenlammel. In deinen Gnadenhimmel.

Dieser Kirchengesang der hübschen Christen ist alles, was die Breitscheid und Hilferdinge der deutschen Arbeiterchaft empfehlen können, wenn sie zu entscheiden haben, ob sie hungern und barben sollen, damit die deutschen und Entente-Kapitalisten die Haut der deutschen Arbeiter unter sich teilen können, oder ob sie durch Vereinigung mit Sowjetrußland die Kapitalisten vor aufessen lassen, was diese sich in den Reffeln des imperialistischen Krieges gefochet haben.

„Gnadenhochen“ für den Sündenlammel in dem von den Stinnes' sozialistisch gefärbten und unter dem Schutz der Entente gestellten deutschen Gnadenhimmel!

Das nennt man Internationalismus in der Internationalen 2 1/2 — diese raffinierte pazifistisch-nationalistische Verleumdung des Kapitalismus.

Es können keine besseren Agenten des deutschen Kapitalismus sich finden, wie diese gutmachenden Sündenkrüppel, in deren Augen das deutsche Proletariat dem Entente-Imperialismus zuliebe nicht Opfer genug bringen kann, damit man das Bündnis mit Sowjetrußland vermeiden und damit man den deutschen Kapitalismus retten kann — für den deutschen Kapitalisten.

Der Pazifismus war immer ein verdeckter Patriotismus, aber er war niemals ein so ausgesprochener Patriotismus, wie der sich gegen Sowjetrußland richtende wiedergutmachende Pazifismus der U.S.P.D. Das ist ein Nationalismus, der zur Rettung des nationalen Kapitalismus internationale Grundlinien schaffen will.

Wenn etwas bei dem Proletariat der Entente-Länder gegen die deutsche Arbeiterchaft Mißtrauen erwecken kann, so ist das der U.S.P.D.-Pazifismus, dieses ständige Reden des Wiedergutmachungswillens. Eine jede Aktion, welche die deutsche Arbeiterchaft nicht in Bündnis mit Sowjetrußland zusammenfassen will, jedes Wiedergutmachung, in welcher Bourgeois- und Arbeiterparteien zusammenarbeiten, kann mit Recht bei der Arbeiterchaft der Entente den Verdacht erwecken, daß die deutschen Proletarier wieder das „deutsche Vaterland“, wieder den deutschen Imperialismus schützen, nur nicht mehr durch Krieg, sondern durch die Wiedergutmachung, durch Ueber-einkunft mit den Entente-Kapitalisten.

Wenn sich die Breitscheid's und Hilferdinge Hals über Kopf in die Sünden der Kriegsverursachenden deutschen Imperialisten hineinwerfen, wenn sie sich mit dem deutschen Kapitalismus solidarifizieren, damit dieser sich mit dem Entente-Kapitalismus ausgleichen kann, begehen sie Todsünden gegen die französische, belgische, englische Arbeiterchaft. Sie verraten auch sie, indem sie die deutsche Arbeiterchaft verraten, die die politische Lage dazu zu beunruhigen befreit ist, daß ein Bündnis mit Sowjetrußland — obwohl im Interesse der deutschen wie der internationalen Arbeiterchaft geschlossen wird. Die Wiedergutmachung durch die deutsche Arbeiterchaft ist der Sturz des deutschen Kapitalismus.

Die Sündenkrüppel, die Sündenlammel wollen gerade diese Wiedergutmachung nicht haben. Gnadenhochen in dem Gnadenhimmel, des verbundenen deutschen und Entente-Kapitalismus für die deutsche und für die Entente-Arbeiterchaft — das ist es, was sie haben wollen.

Der deutschen Arbeiterchaft fällt die Rolle zu, zu wählen, welche Form der Wiedergutmachung sie gebrauchen will: ein Bündnis mit Sowjetrußland oder ein anderes auf Gnadenhochen mit dem internationalen Imperialismus für die deutschen Kapitalisten.

Sünder wegen „Staatsgefährlicher Untriebe“ aus der Tscheco-Slowakei ausgewiesen.

(M.L.B.) Prag, 15. März.

Staatsermählungen zufolge wurde der reichsdeutsche Kommunist Walter Sünder, der als Delegierter der vereinigten deutschen kommunistischen Parteien am Reichsberger kommunistischen Parteitag teilnahm, aus dem Gebiet der tschechisch-slowakischen Republik ausgewiesen. Ihm werden staatsgefährliche Verbrechen zum Vorwurf gemacht.

Sünder war wie berichtet, Delegierter auf dem Gründungs-Parteitag der Tscheco-Slowakischen K.P.

Tschechische Sozialpatrioten für Agitation, die nicht den Staat bedroht.

In der Prager Nationalversammlung kam es zu hitzigen Szenen während der Debatte zum Bericht des Untersuchungsausschusses über die Vorkälle in Rom. In dem, wo wie wir mitgeteilt haben, die Gendarmerie in eine demotivierende Arbeitergruppe geschossen hatte und zahlreiche Opfer zu beklagen sind. Die tschechischen Mehrheitssozialisten stimmten für den Regierungsbericht, der allein der „politischen Verbeugung“ unter den Arbeitern die Schuld gab. Auf die Rufe der Kommunisten: „So sprechen Sozialdemokraten über politische Agitation“, erklärte der Abgeordnete Kriz, wir sind für die freie Agitation, „sozial sie nicht den kapitalistischen Staat bedroht. Es ist traurig, daß es zu den Vorkällen gekommen ist, man darf aber nicht vergessen, daß die Kommunisten einen regelrechten Selbstzug gegen den Staat unternommen haben.“ Sogar die deutschen hilferdingischen Parteien lehnten den Regierungsbericht ab. Die tschechischen Sozialverdräter wurden nach der Abstimmung von der sozialdemokratischen Linken mit einem Entzückungsruf ausgepfiffen.

Die Frage der Handelsverbindungen Sowjetrußlands mit Norwegen und Dänemark

(Privattelegramm der „Rosen Faßne“).

Stockholm, 14. März.

In derandinabivischen Presse waren in der letzten Zeit Mitteilungen erschienen, daß gewisse norwegische und dänische Kreise wünschten, die Handelsverbindungen mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen. Diesbezüglich hatte der Vertreter der Stockholm-Moska ein Gespräch mit Reichsminister, dem Mann der russischen Handelsdelegation. Dieser erklärte, daß im Falle die Regierungen Dänemarks und Norwegens und die kommerziellen Kreise dieser Länder mit Sowjetrußland in reguläre Handelsverbindung zu treten wüßten, die Sowjetregierung dieselben Wünsche entgegenkommen würde. Doch muß es allen Handelsbeziehungen und Individualitäten klar sein, daß es eine Entwicklung der Handelsbeziehungen nur dann zu dem: ist, wenn es in dem Lande, mit dem Sowjetrußland die Handelsbeziehungen wieder aufnehmen, Vertreter der Interessen Sowjetrußlands gibt. Reiner teilte Reichsminister dem Vertreter der Mosk mit, daß er vom Rat der Volkskommissare die Vollmacht erhalten habe, mit den Regierungen von Norwegen und Dänemark u. v. handelt, falls diese den Wunsch haben, die Frage erneuelter Handelsbeziehungen zwischen Rußland und diesen Länder einzulösen.

Russisch-amerikanische Handelsbeziehungen

Wlga, 14. März.

Laut statistischen Daten aus Amerika hat Amerika schon im Laufe von 11 Monaten des Jahres 1920 für 31.840.804 Dollars Waren nach dem asiatischen Rußland und für 6 Millionen nach dem europäischen Rußland exportiert.

Lohnabbau bei den englischen Eisenbahnen geplant

(M.L.) London, 15. März.

Sir Eric Geddes teilte gestern im Unterhause mit, daß die Lebensunterhaltskosten derartig gestiegen seien, daß die Löhne der Eisenbahndiener um 3-4 Schilling wöchentlich erniedrigt werden könnten. Die Lohnansparben würden sich um 54-72 Millionen Pfund jährlich erniedrigen.